

**Motion Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP):
Zäme geits: Sharing is caring – GiveBoxes und ähnliches unbürokratisch ermöglichen**

Am 21. März 2019 hat der Stadtrat folgende Motion Fraktion GFL/EVP im Sinne einer Richtlinie erheblich erklärt:

Wer kennt das nicht: Man hat Dinge zu Hause, die man selbst nicht mehr braucht, die aber zu schade sind, um sie wegzuworfen. Man kann sie in einer Kiste in den Hausflur stellen. Das funktioniert meist recht gut, stört aber die Vermieter und Nachbarn – und die Stadtverwaltung, wenn besagtes Material auf dem Trottoir steht.

Die GiveBox ist eine elegantere Lösung. Sachen die nicht mehr benötigt werden, werden in der GiveBox deponiert und können so anderen Freude bereiten. Personen, die vorbeikommen, dürfen ohne Gegenleistung Dinge mitnehmen und sich was gönnen. Durch diese unkomplizierte Weitergabe wird erreicht, dass Gegenstände des täglichen Bedarfs weiter genutzt werden. Dies auch im Sinne der Umwelt und ganz nach dem Motto „Geteilte Freude ist doppelte Freude.“ Oder eben: „Sharing is caring – teilen heisst sich kümmern.“

In Bern steht im Moment eine GiveBox – an der Schwarztorstrasse 102 bei der Kulturbar „werkhof 102“. Ein selbstgebauter Bretterverschlag dient als wasserfeste GiveBox – und die kann da problemlos funktionieren, weil sie auf privatem Grund steht.

Eine entsprechende Initiative einer Privatperson in der Lorraine wurde letztthin von der Stadt beendet, weil die „nötigen Bewilligungen für die GiveBox“ fehlten. Es würde Bern, die sich gerne als ökologische Stadt sieht, gut anstehen, wenn sie solche privaten Initiativen stützen statt beenden würde. Die Idee, dass nicht mehr benötigte Gegenstände weitergegeben statt weggeworfen werden, ist bestechend. In die gleiche Kategorie gehören auch „öffentliche Kühlschränke“, in welchen Esswaren deponiert werden können, die man zuhause nicht mehr verwerten kann. Dabei geht es vor allem um abgepackte, lange haltbare Lebensmittel – weniger um Frischware. Auch hier kann deponieren, wer zu viel hat und mitnehmen, wer etwas brauchen kann. Drei solche Kühlschränke gibt es in Bern bisher.

Die GFL/EVP-Fraktion hält die „Sharing is caring“-Idee für unterstützungs- und ausbauwürdig. Sie ersucht deshalb den Gemeinderat

1. das Aufstellen von GiveBoxes so weit wie möglich zu vereinfachen und von bürokratischen Hürden zu befreien
2. das Aufstellen von „öffentlichen Kühlschränken“ so weit wie möglich zu vereinfachen und von bürokratischen Hürden zu befreien
3. dem Stadtrat darzulegen, wie die Stadt die „Sharing is caring“-Idee zusätzlich unterstützen könnte (Hinweise auf GiveBoxes und Kühlschränke auf der stadteigenen Homepage, um nur ein Beispiel zu nennen).

Bern, 12. Januar 2017

Erstunterzeichnende: Manuel C. Widmer, Bettina Jans-Troxler

Mitunterzeichnende: Janine Wicki, Brigitte Hilty Haller, Marcel Wüthrich, Matthias Stürmer, Patrik Wyss, Lukas Gutzwiller, Danielle Cesarov-Zaugg, Michael Burkard

Bericht des Gemeinderats

Der Gemeinderat unterstützt die Stossrichtung der vorliegenden Motion, sie entspricht in mehreren Punkten den Legislaturrichtlinien 2017 – 2020. Zum einen wird im Legislaturziel 3 der Sharing-Ansatz explizit erwähnt:

«Wir engagieren uns stark für ein nachhaltiges und ressourcenschonendes Verhalten. [...] Nun wollen wir einen Schritt weitergehen und mit innovativen Projekten den Sharing-Ansatz fördern. Die Bevölkerung soll sich der eigenen Verantwortung für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen bewusst sein und entsprechend handeln, so dass der individuelle Verbrauch von Ressourcen sinkt».

Zum anderen sind mit den Legislaturzielen 5 («Die Stadt Bern schafft zusätzlichen Raum für Begegnungen») und 7 («Mitbestimmung und Zusammenarbeit sind wichtige Pfeiler der Stadtberner Politik») die Attraktivierung des öffentlichen Raums und dessen Aneignung durch die Bevölkerung zu einem Schwerpunktthema geworden. Die Bevölkerung kann sich im öffentlichen Raum partizipativ einbringen, bei der Aneignung des öffentlichen Raums selber tätig werden und sich so am öffentlichen Leben beteiligen.

Mit den erwähnten Legislaturzielen fand auch in der Stadtverwaltung ein Strategiewechsel statt: Heute steht bei Fragen der Gestaltung und Nutzung des öffentlichen Raums die schnelle und einfache Umsetzung von Bevölkerungsbedürfnissen im Fokus. Wünsche und Eigeninitiative aus der Bevölkerung betreffend Aufwertung des öffentlichen Raums werden möglichst zeitnah umgesetzt.

In der Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün wurde das Kompetenzzentrum öffentlicher Raum (KORA) geschaffen, welches als Anlaufstelle den Initiantinnen und Initianten von Aktivitäten im öffentlichen Raum, also auch bezüglich Giveboxen, zur Verfügung steht, unterstützend berät und als «Relais» zu weiteren Amtsstellen fungiert. Der Gemeinderat ist überzeugt, mit KORA eine gut zugängliche und unbürokratische Unterstützung seitens Stadtverwaltung Bern im Sinne der Motion zur Verfügung zu stellen. Initiantinnen und Initianten von Giveboxen oder von anderen Sharing-Ideen können direkt in ihrem Vorhaben unterstützt werden.

Das kantonale Strassen- und Baurecht, teilweise ergänzt durch städtisches Recht, enthält zahlreiche Vorgaben für den Umgang mit Giveboxen, namentlich solchen im öffentlichen Raum. Der Gemeinderat hat die Rechtslage umfassend analysieren lassen und ausgelotet, wo der Stadt im Rahmen des übergeordneten Rechts Spielräume verbleiben. Dabei hat sich erwiesen: Im Wesentlichen hat es die Stadt nicht in der Hand, von spezifischen Bewilligungserfordernissen abzusehen.

Zur Erfüllung der ersten Forderung der Motionärinnen und Motionäre, das Aufstellen von Giveboxen sei so weit wie möglich zu vereinfachen und von bürokratischen Hürden zu befreien, wurden folgende Grundlagen und Instrumente geschaffen:

- Auf der Basis der genannten Abklärungen sowie eines Vorgehenskonzepts wurde speziell für Giveboxen ein Merkblatt erarbeitet (s. Beilage). Dieses zeigt den Interessierten die wichtigsten Punkte für die Planung und Umsetzung einer Givebox auf. Es informiert über die rechtlichen Voraussetzungen sowie die wesentlichen Schritte, wie eine Givebox geplant, realisiert und betrieben werden kann.
- KORA ist erste Anlaufstelle, welche Anfragen beantwortet und das Projekt begleitet. Ausserdem koordiniert KORA als «single point of contact» die verwaltungsinternen Abklärungen und hilft, den bürokratischen Aufwand für die privaten Initiantinnen und Initianten möglichst gering zu halten. Insbesondere mit dem Polizeinspektorat (Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie) als Bewilligungsinstanz steht es in engem Austausch.

- Nach geltendem Gebührenrecht können im Zusammenhang mit Giveboxen in bestimmten Fällen Gebühren anfallen. Gegebenenfalls ist auf Gesuch hin eine Gebührenbefreiung möglich; dafür stellt KORA ein Muster-Gebührenbefreiungsgesuch zur Verfügung (s. Merkblatt, Ziff. 4 am Ende). Auch wenn zurzeit nicht mit einer Vielzahl von Fällen zu rechnen ist, prüft der Gemeinderat, ob dem Stadtrat eine Änderung des Gebührenreglements unterbreitet werden sollte, die eine Ausnahme von der Gebührenpflicht für Auskünfte, Leistungen, Bewilligungen und Überlassung von öffentlichem Grund im Zusammenhang mit der Erstellung und dem Betrieb von Giveboxen (Tauschschränken) vorsieht.

Die ersten Erfahrungen, welche KORA im Rahmen des Pilotprojekts mit der Givebox des Dialogs Nordquartier von Mai bis November 2019 gemacht hat, sind grundsätzlich positiv. Allerdings hat sich gezeigt, dass der Betreuungsaufwand auf Betreiberseite beträchtlich ist. Nicht zuletzt aufgrund des Betriebsaufwands ist eher mit wenigen Projekten zu rechnen. Ausserdem stehen die Chancen für mobile «Kleinformate» besser.

Auf die zweite Forderung der Motionärinnen und Motionäre, auch das Aufstellen von öffentlichen Kühlschränken so weit wie möglich zu vereinfachen und von bürokratischen Hürden zu befreien, tritt der Gemeinderat nicht ein. Der Betrieb von öffentlichen Kühlschränken im städtischen Strassenraum ist eine sehr anspruchsvolle, aufwändige Aufgabe, die eine kontinuierliche Betreuung und Überwachung erfordert. Denn es können dort auch verdorbene Waren oder Getränke deponiert werden, die für verschiedene Menschen wie z.B. für Kinder und Jugendliche schädlich sind. In Absprache mit den zuständigen Fachstellen ist der Gemeinderat der Meinung, dass aus Gründen des Gesundheits- und Jugendschutzes Kühlschränke zum «Sharen» von Lebensmitteln im öffentlichen Raum nicht erstrebenswert sind. Immerhin entwickeln sich von privater Seite initiierte ähnlich gelagerte Angebote auf privatem Grund.

Nicht zuletzt haben die Motionärinnen und Motionäre gefordert, der Gemeinderat möge dem Stadtrat darlegen, wie die Stadt die «Sharing is caring»-Idee zusätzlich unterstützen könnte. Das Beratungsangebot für Giveboxen ist unter dem Thema «Gemeinsam für den öffentlichen Raum» auf der städtischen Webseite aufgeschaltet. Dort ist der direkte Kontakt zur Anlaufstelle KORA gewährleistet, und es werden nützliche Hinweise für die Planung und den Betrieb sowie das Merkblatt geboten. Link: <https://www.bern.ch/themen/stadt-recht-und-politik/mitreden-und-mitgestalten/kora-bern/frag-kora>

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die Motion hat keine direkten Folgen für das Personal und die Finanzen. Die Bearbeitung von Givebox-Anträgen können von KORA mit den bestehenden Ressourcen gewährleistet werden.

Bern, 17. März 2021

Der Gemeinderat

Beilage:
Merkblatt Giveboxen